

Meine Damen und Herren! Hier geht es um viele hundert Milliarden D-Mark. Anderenorts in der freien Welt werden schon für eine halbe Million Menschen umgebracht. Wir müssen uns als Parlament die Gefahren erst einmal bewußt machen. Dazu gehören auch die Leute, die heute schon erwähnten - von Ihrer Seite wohl - Kommunitaristen, die hier besonders anfällig sind.

Wichtig, verehrte Abgeordnete, ist doch, das Eigentum des Teiles des deutschen Volkes, von dem wir hier gewählt worden sind und für das wir die deutsche Einheit organisieren wollen, bestmöglich zu verwerten, zu verwalten, daß nicht die guten Betriebe zuerst und unter Wert verkauft werden. Sanierungsfähige Betriebe sind als sanierte Unternehmen auf dem internationalen Kapitalmarkt anzubieten. Das Treuhandgesetz läßt vermuten, daß es nur zu einer Liquidierung der Unternehmen kommt, also daß man sie bewußt in Konkurs fährt und billig anbietet. Ich habe auf Gefahren hingewiesen.

Über die Kreditbelastung der Betriebe ist schon viel geredet worden. Herr Romberg hat heute wohl der DSU nicht anders geantwortet als mir schon vor mehreren Wochen. Das gehört aber auch zur Bewertung der Unternehmen. So wie es jetzt läuft, werden in der Größenordnung von hundert Milliarden D-Mark Werte einfach verschenkt oder eben flüssig gemacht, von den Folgekosten noch gar nicht geredet.

Unsere Vorstellungen zur Treuhandanstalt sind andere. Wir denken, daß der Ministerrat im Auftrag des Parlaments - anders kann es eigentlich gar nicht sein, wenn es um Volkseigentum geht - einen Aufsichtsrat, von mir aus auch einen Verwaltungsrat, weil es eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist, beruft, aber dann nicht mit fünf Leuten, sondern angesichts der Riesenkapitalmenge einer gesamten Volkswirtschaft mindestens mit diesen 21 des Aufsichtsrates. Das würde ich vorschlagen. Und dazu gehören zuerst die Eigentümer, also DDR-Bürger, aber natürlich vor allem auch Kompetenz, und bitte, hier internationale Kompetenz und nicht bloß bundesdeutsche Ministerienvertreter, das kann nicht sein. Und wir haben hier vorgeschlagen, daß man dazu vielleicht ein Brain-Trust veranstaltet oder vielleicht sogar als Herrn des neuen Aufsichtsrates zusammenruft. Der Ministerpräsident sollte da aufgefordert werden. Wir haben darüber schon gemeinsam im Wirtschaftsausschuß gesprochen, daß man hier noch einmal überlegt und dieser Aufsichtsrat - bitte schön - die Aufgaben diktiert bekommt, die wir alle genannt haben und über die wir uns einig sind, und er sich dann diese Satzungen gibt und die Art und Weise festlegt, wie diese Volkswirtschaft am besten privatisiert werden kann und wo die Bedingungen geklärt werden können, wieviel davon in die Hände der DDR-Bürger privatisiert werden kann.

Nur so, denke ich, können wir wirklich gute, sinnvolle Konzepte hier verwirklichen, die eben auch den Standort DDR für Japaner oder für Nordamerikaner interessant machen, die endlich sehen: Hier ist diese Verquickung zwischen Politik und Wirtschaft aufgehoben, hier hängt nicht die DDR-Regierung oder der bundesdeutsche Staat irgendwo mit in der Wirtschaft. Das schafft kein Vertrauen. Die Eigentumsfrage muß geklärt werden, und genau das ist nicht passiert. Weil man sich davor scheut, politisch die Eigentumsfrage zu klären, macht man ein schlechtes Treuhandkonzept nach dem anderen. Vielleicht soviel, meine Damen und Herren.

Wenn ich das alles jetzt nehme, würde ich sagen: Um der Zeit willen vielleicht doch in den Ausschuß, und wir bearbeiten dieses Gesetz, oder sagen wir, wir machen es so kurz, in dem Sinne, wie es vielleicht jetzt angedeutet wurde, und geben es zurück, vielleicht auch zur 1. Lesung oder zur 2., damit es einfach, weil die Zeit drängt, nicht so lange dauert, wenn die Regierung das jetzt noch einmal ohne Ausschußüberweisung zurückbekommt.

Wenn das alles nicht so furchtbar viel Geld kosten würde und so wichtig wäre, könnte ich auf die Schlußbemerkung hier verzichten. Aber schon die Art und Weise, wie uns dieser Entwurf zugekommen ist - heute früh, während ihn die Ministerien in Bonn schon am Freitag hatten, mehr oder weniger öffentlich das Wirtschaftsministerium in Bonn -, dann bin ich der Meinung: So kann man mit der Riesenmenge Volkseigentum nicht verfahren. Da muß ich ganz deutlich sagen: Hier sind wohl Interessen der zukünftigen Käufer. Die wollen mehr billige Konkursmasse

übernehmen und nicht verwerten und damit wirtschaften. Es ist also nicht nur kein Konzept der Regierung vorhanden. Ich könnte vermuten, dahinter ist doch ein Konzept, und das könnte damit verbunden sein, daß einerseits einige aus Inkompetenz und andererseits andere aus Korruption hier ihre Rolle ausfüllen. Beides ist gleichermaßen skandalös.

(Beifall bei der PDS und Bündnis 90/Grüne)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch ein Frage?

Frage eines Abgeordneten:

Bei der schwerwiegenden Beschuldigung, die Sie eben ausgesprochen haben - könnten Sie sich entschließen, hier auch mit Namen und Hausnummer zu operieren? Denn Sie haben in diese Richtung gesehen, und Sie haben das Wort Korruption in den Mund genommen. Ich möchte um konkrete Namen und Hausnummern bitten von denjenigen, denen Sie das unterstellen.

Nooke (Bündnis 90/Grüne):

Ich habe in keine Richtung geguckt. Ich kann Ihnen aber eine Adresse sagen, wo Sie sich erkundigen können und diese Namen bekommen.

(Unruhe, vor allem bei CDU/DA und DSU)

Ich habe die Vermutung geäußert und ich habe Ihnen gesagt: Ich kann Ihnen auch Agenturen nennen, an die Ansinnen herangetragen wurden, ob sie nicht auch den einen oder anderen hier vielleicht bezahlen würden.

(Zuruf: Dafür habe ich eine Bezeichnung, und die heißt Rufmord.)

Nein, das ist doch kein Rufmord. Ich glaube, ich muß hier noch einmal etwas sagen: Wir müssen uns einfach die Gefahren, die in den Strukturen liegen, deutlich machen. Wenn wir das als Parlament einfach wegwischen - das haben wir wirklich schon lange genug gehabt. Die Probleme liegen in den Strukturen, und Stalinismus hatten wir 40 Jahre. Das ist jetzt kein Stalinismus, aber das ist an vielen Stellen eine Verfilzung, die gefährlich werden kann. Und sehen Sie sich doch an, was im Land passiert! Ich bin doch nicht der erste, der darauf hinweist, wie der Großhandel oder andere in dieser Verfilzung drinhängen.

(Unruhe und Zurufe)

Das liegt doch nicht an Ihnen, das sage ich doch gar nicht!

(Zuruf: Hier werden Dinge vermischt, die nicht zusammengehören!)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:

Noch eine Anfrage erlaubt?

Horst Schulz (CDU/DA):

Herr Nooke, Sie haben das erwähnt: Konkursverwalter. Diese Regierung hat die Konkursverwaltung von 40 Jahren SED-Regime übernommen, und ein Konkursverwalter verfügt nicht über Vermögen, sondern er hat Schulden zu tilgen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:

Das war aber keine Frage, sondern eine Feststellung.